

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Zwickau und

Glückauf! Tageszeitung im Amtsgerichtsbereich
Zwickau und den angrenzenden Gebieten

Zwischenzeitliche Qualität ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Landesverwaltung des Amtsgerichts und des Landratsamtes zu Wissen des Konsumenten, des Gewerbes, der Schulbehörden und des Staates zu Wissensvoraussetzung befindliches Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volkschichten.

Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkalender - Feine und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedeck May, G. u. H. in Zwickau. - Postcheckkonto Zahl Dresden Nr. 1521. Gemeinkreditanstalt Zwickau Konto Nr. 64

Einzelne Preise sind wie folgt: Nr. 44 und 45.
Ein halber Meter breit - Krieg über konstanter wöchentlicher
Ausgabe des Wertes der Zeitung über der Veröffentlichungsanordnung - hat der Besitzer keinen Anspruch auf Rückzahlung der Zeitung über die Abzahlung des Bezugspreises.

Einzelne Preise (in Reichsmark): Die 44 mm breite wöchentliche
Wochenseite 10 Pf. - örtliche Ausgaben 5 Pf. - Der Tagessatz bis
90 mm breite Wochenseite 20 Pf. - für das Erstkommen vom
Zeitung in bestimmten Nummern und zu bestimmten Stellen
keine Gewähr. - Erfüllungsort Zwickau.

Preis 84

Freitag, den 10. April 1931.

86. Jahrgang

Tagesschau.

Der Präsident von Berlin, sowie die Oberpräfektur von Brandenburg, Magdeburg, Hannover und Oberösterreich haben einen Tagessatz zu entrichten für die Nationalsozialisten verfügt.

Heute plant eine Versorgung der S.A.-Formationen, Schlesien, S.-H., und S.-S. Jäger werden gegenwärtig in München. Donnerstag abend fand im Jägergebäude in München eine große Ausbildung statt.

Der Präsident der französischen Republik hielt in Nizza eine Rede, in der er unter Nachdruck auf die deutsch-österreichische Union die Notwendigkeit eines festen Bases für Frankreich betont.

Ende des Monats dieses in Italien hat die portugiesische Regierung die Sitzes der Zweiggruppe von Madrid für Spanien und Portugal geöffnet und jede Verbindung der Einwohner mit dem Ausland verstaut.

Die Öffnungen am unteren Ende.

Der Knoten schürzt sich.

Bon

de Gaulle, Paris.

Die französische Presse, nach der Meldung des Österreichischen und Deutschen Bündnisvertrags vom 21. März 1931 eine Art von grundlegenden Bedeutung für die europäische Politik ist, daß seine Veröffentlichung aber zu keinem Zeitpunkt, wenn auch gewisse außenpolitische Gründe dafür vorliegen, nicht sozialpolitisches Unabhängigkeitsstreben zu befürchten waren, besser unterblieben wäre. So erfreut ist der innerpolitische Auftrieb ist, den das Abkommen natürlich in Deutschland gegeben hat, so möglich auch in mancher Hinsicht die Bewegung werden kann, die die Veröffentlichung in die europäische Politik gebracht hat, die Gefahr der Militärlügen und Siedlungen wäre doch in dem Augenblick gegeben, wo sich herausstellt, daß die Vorbereitungen zur künftigen Verstärkung des Abkommen nicht genügend vorbereitet sind. Und so sicher und manhaft das Vertragen des Reichskanzlers gegenüber dem englischen Schriftsteller ist, so wenig steht es doch jetzt schon verbergen, daß in Aussichten nicht selbst allelei Neuerungen eingeschlagen sind, die zwar nicht in das Gebiet der großen Politik gehören, wohl aber in das Gebiet jener sehr einflussreichen österreichischen Geopolitik, die die Bemühungen um eine deutsch-österreichische wirtschaftspolitische Annäherung seit langer bestrebt haben. Und wenn in der reichsdeutschen Presse die erste freudige Überzeugung bereits durch allerlei Gedanken verdrängt ist, so ergibt sich zumindest aus Wiener Darstellungen, daß man dort über die Art der ersten Berliner Veröffentlichung nicht völlig bestätigt gewesen ist. Sicherlich hat Dr. Schöber erklärt, es sei zunächst in Aussicht genommen gewesen, das Projekt bei der im Mai bevorstehenden Pan-europäischen Kommissions-Tagung vorgebracht, die deutsche Regierung habe es aber plötzlich für notwendig gehalten, schon vor der für den 24. März in Aussicht genommene Tagung des vorbereitenden Komites für die Pan-europa-Kommission den Anschluß der beiden Regierungen zu verbindlichen. Angesichts der liegenden österreichischen und französischen Meinungswelt gegen das Projekt wäre natürlich aus schon die kleinste Sicht in der Geschlossenheit des deutsch-österreichischen Vorgehens bedenklich, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier mehr als Schönheitsfehler vorliegen, daß es sich um wesentliche Männer bei innenpolitischen Einstellung und des amtlichen Konsenses handelt, vor denen man läufig auf der Hut sein wird.

Vor allem wird eine sehr intensive sachliche Arbeit, wie sie in Österreich bereits seit Jahr und Tag geleistet wird, auch in Deutschland begonnen werden müssen, will man die am 1. April und politisch sehr gute Position, die man mit dem Abkommen eingenommen hat, mit Erfolg verteidigen. Die Rebe des deutschen Außenministers hat ja bereits eine ganze Reihe wichtiger Argumente gegen die Einwendungen Österreichs zusammengefaßt, und wenn sich die Regierung wieder auf den berühmten Paragraphen des Genfer Protokolls und auf die angebliche Gefährdung der österreichischen Unabhängigkeit beruft, so genügt ein Blick auf diesen Paragraphen selbst, um die Unbedenklichkeit dieses Einwandes darzutun. Die österreichische Regierung verpflichtete sich in diesem Paragraphen zwar, sich jeder Verbindung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflichtung zu enthalten, die diese Unabhängigkeit unmit-

telbar oder mittelbar zu gefährden geeignet wäre". Aber diese Verpflichtung steht nicht im Widerspruch damit, daß Österreich vorbehaltlich der Bestimmungen des Vertrages von St. Germain seine Freiheit auf dem Gebiete der Zolltarife und der Handels- oder Finanzabkommen, sowie im allgemeinen für alles bewahrt, was sein Wirtschaftswesen über seine Handelsbeziehungen betrifft, wobei indessen verstanden ist, daß sie seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit nicht nur Bewahrung einer Sonderbehandlung oder ausschließlicher Vorrechte Eintrag tun kann, die diese Unabhängigkeit zu bedrohen geeignet sind. Natürlich aber wird es in Wien nicht um einen juristischen Streit, sondern um einen politischen Machtkampf handeln und die Front der Gegner, die zu erwarten ist, kann jetzt schon ungefähr übersehen werden. Brabant wird versuchen, zunächst sein altes Projekt einer Bollunion der Nachfolgestaaten ohne Deutschland wieder in Bewegung zu setzen. Die französischen Gefunden in den Staaten der kleinen Entente sind erfolglos am Werke, natürlich in Belgrad, wo allerdings auch die Widerstände gegen die französische Hegemonie im Maßstab sind, ist ein französischer Preisfeldzug eingeleitet und die alten politischen französischen Beziehungen sind in allen Nachfolgestaaten der Österreich-Ungarischen Monarchie immer noch leidlich genug, um den schon verbliebenen Gedanken der kleinen Entente angesichts der deutschen Beilage neuen Leben einzuhauen.

Dabei kann man natürlich auch überall damit rechnen, daß traditionelle Kreise, die von der Wiederherstellung einer sozialistischen Monarchie und dem Wiederaufbau einer sozialistischen Revolution träumen, Morgenstund wittern. Solche staatlichen Wünsche sind namentlich gegenüber den österreichischen wichtig, die ungemein oft in Linz für einen wirtschaftspolitischen Anschluß an eine künftige deutsch-österreichische Bollunion bestehen. Man braucht den Widerhall, den diese französischen Bestrebungen nach Herstellung einer wirtschaftlichen Donauüberquerung ohne Österreich selbst finden, in seiner Weise zu übersehen, man weiß aber, welche Kräfte seit Jahr und Tag im Gesamtgebiet der alten österreichisch-ungarischen Monarchie noch immer am Werke sind, um eine Zusammenarbeit mit Deutschland zu erschweren, und es ist kein Zweifel, daß Frankreich und die Tschechoslowakei alle Hilfsgruppen austreiben werden. Ramentek und Beneš haben neuerdings auf dem Reichstagtag seine Partei einen neuen scharfen Angriff gegen den deutsch-österreichischen Bollpakt vorgebracht. Mit Frankreich und der kleinen Entente, sowie Polen sei eine einheitliche Front bereit geschaffen worden, mit England stimme er darin überein, daß die ganze Angelegenheit vor den Böllerbund gehöre, dieser aber schreibt in seiner Arbeit in der Tat zu langsam vorwärts und bedürfe der Kritik. Es genügt auch nicht, daß man den deutsch-österreichischen Plan nur ablehne, die kleine Entente müsse ein positives Programm entgegenstellen. Zugleich aber gibt Beneš auch zu, daß die Tschechoslowakei ohne Übereinkommen mit Deutschland keine Möglichkeiten habe, Europa neu zu organisieren. Gegen die Bollunion wendet er sich aber deshalb, weil sie die große Idee der europäischen Zusammenarbeit diskreditieren könne, (1) und weil der Plan, wirtschaftlich nicht genügend durchdringt, nur dem politischen Vorteil Deutschlands und Deutschösterreichs dient und den politischen Zusammenschluß der beiden Staaten beschädigt. Beneš schwankt also zwischen einer gewissen Nachgiebigkeit und hastigen Anklagungen.

Auf der anderen Seite ist die Auffassung, die aus der anfänglichen englischen Haltung zum Bollpakt sich ergab, aus schärfste zurückzuweisen. Hendersons grobe Ambition in bezug auf die Abrostungskonferenz macht es wünschenswert, schon jetzt einen Schuldigen für den Fall, daß die Konferenz scheitert, zu suchen. Es wird deshalb eine sehr wichtige deutsche Aufgabe sein, schon jetzt der Auffassung entgegenzuhalten, als ob die noch dem gegenwärtigen Stand und nach der Vorarbeit der vorbereitenden Abstüfungskommission sehr ungünstig verfahrene Auffassungsfrage irgendwie durch das Bollabkommen beeinflußt werden könnte. Es ist aber jetzt schon ohne weiteres klar, daß man eine Verknüpfung dieser beiden Themen versuchen wird, und es wird Aufgabe der deutschen außenpolitischen Führung sein, die sachliche Behandlung der von einander sachlich getrennten Fragen durchzuführen. Auch das von Sauerwein angekündigte Projekt, Deutschlands und Österreichs wirtschaftliche Zusammenarbeit unter der Bedingung zu gestalten, daß beide Staaten dem politischen Zusammenschluß abschwören, muß scharf beobachtet werden.

Man sieht also im ganzen heute schon deutlich, daß die seit 18 Jahren geliebten französischen Methoden, alle schwerwiegenden Fragen miteinander zu verknüpfen und gegeneinander auszubilden, durch die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Abkommen in Bewegung gesetzt worden

sind und daß eine Zeit vor uns liegt, die angespanntester außenpolitischer Machtkampf bedarf. Das ist an sich bei der völligen Unfruchtbarkeit, in die die deutsche Partei- und Innopolitik hineingeraten ist, sehr zu begrüßen. Und bei richtiger Führung ist aus dem begonnenen Werk unzweifelhaft weitere außenpolitische Erfolge zu gewinnen. Es ist immerhin schon etwas Positives, wenn ein führender rumänischer Politiker wie Nikolaus Iorga ungefähr ähnlich wie Beneš bekannt: "Die Politik der Verbote muß Bankrott machen, wirksam ist nur positive Politik, die neue Gegenkräfte schafft." Die Illusion, als sei in Europa der in Verfolgung geschlossene Zustand aufrecht zu erhalten, und zwar ausschließlich auf Kosten Deutschlands und Österreichs, ist auf der Gegenseite ins Wanken gekommen. Schon ein leises Zeichen deutscher Aktivität hat genügt, um eine unglaubliche Revolutions in Paris und Prag auszulösen und den tschechischen Außenpolitik eine neue Nuance zu geben. Nun freilich gilt es, den begonnenen Kampf ohne Schwanken durchzuführen. Dazu aber wird doch eine Prüfung notwendig sein, ob der vorhandene amtliche Apparat genügt und ob er den Intentionen der politischen Führung folgt.

Eine Drohrede des französischen Präsidenten.

Bei einem Empfang in Nizza hielt der Präsident der französischen Republik, Doumergue, eine Rede, in der er zunächst mit dem üblichen Phrasenwaffel die angebliche Friedensliebe Frankreichs nachzuweisen versuchte. Der französische Patriotismus wollte Frankreich nur den Platz sichern, auf dem es ein Anrecht habe. Er wolle die Unabhängigkeit Frankreichs aufrecht erhalten, auf die es nicht verzichten könne, und er wolle die volle Sicherheit, die Frankreich unbedingt brauche, um zu arbeiten, sich im Frieden zu entwickeln und in größtmöglicher Weise an dem Fortschritt und dem Glück der Menschheit (1) mitzuwirken. Frankreich habe zu sehr unter dem Kriege gelitten, als daß es nicht den Wert des wohlverdienten Friedens schätzt. Ein dauerhafter Frieden sei aber nur möglich, wenn die Sicherheit der Grenzen völlig gewährleistet sei. Frankreich habe also das Recht, anzunehmen, daß, so lange der Böllerbund keine ausreichende militärische Macht zu seiner Verfügung habe, um für die Durchführung seiner Entscheidungen zu sorgen, falls man sich Ihnen nicht freiwillig beuge, es selbst wachen, achtgeben und sich nur auf sich selbst verlassen müsse. In dieser Annahme werde Frankreich noch bestärkt, weil es sich plötzlich einem unvorhergesehenen Ereignis gegenübersehe, dessen Bedeutung in der Gegenwart und dessen Folgen für die Zukunft nicht verkannt werden dürfen, weil die Geschichte des Landes, in dem dieses Ereignis eingetreten sei, einen Prädiktionsfall aufweise, der lehrreich sei und den zu vergessen geschehe. Frankreich brauche nur sich vom gesunden Menschenverstand leiten zu lassen, und dieser gesunde Menschenverstand rate ihm zweierlei an: 1. über den guten Zustand der Finanzen zu machen, 2. sich von dem Gedanken leiten zu lassen, daß ein Land, so lange es keine starke internationale Streitmacht gebe, nicht zulassen dürfe, daß man seine eigene materielle Streitmacht unter das Niveau herabsetze, das die Sicherheit und Unantastbarkeit des Landes erhebe. Die jetzt lebenden Generationen tragen vor den künftigen Generationen die Verantwortung hierfür.

Die Saisionentlastung.

Mit der Arbeitslosenziffer kommen wir allmählich von fünf Millionen wieder herunter. Nach dem Ausweis der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Märzhälfte um 224 000 abgenommen. Das ist an sich außerordentlich erfreulich, besonders erfreulich, weil die Entlastung gleichmäßig in den verschiedenen Berufen eingetreten ist und auch die Arbeiterfürsorge und die Wohlfahrtsfürsorge berührt. Aber man muß sich davor hüten, nun zu weitgehende günstige Schlüsse aus dem ersten merkbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit nach diesem Winter einer harten Krise zu ziehen. Gewiß wird die Entlastung des Arbeitsmarkts in den nächsten Wochen noch weitere Fortschritte machen. Man braucht nur daran zu denken, daß die verschiedenen Saillongewerbe in den weniger vom Klima begünstigten Landstrichen erst seit Anfang April mit dem Schwinden des Frühlings die Möglichkeit zur vollen Aufnahme der Arbeit bekommen haben. Das muß sich in nächste Ausweis der Reihe.